SPANDAUER UMSCHAU

DIE LINKE.

April/Mai 2008

Seite 3 Klaus Lederer Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE zum Thema Tempelhof

Flugbetrieb Tempelhof

DIE LINKE.

Ab Seite 4 aus der BVV Spandau

von Seite 7 bis 16 über Schüler und Schule, Erich Meier und Hohen Besuch, Biber und Havel, Afghanistan ohne Ende? Geschlagene Wörter, Herrn Senators Speiseplan und faule Telefone

Die Zweite Seite

Inhalt

Seite 2 Seite 2 Als erstes war...
Seite 3 Ein „NEIN" für die Stadt und mehr Demokratie ...
Seite 3 Das erste mal SBS
Seite 4-6 Bericht aus der BVV
Seite 6 Rechnen lernen mit der CDU
Seite 7 Zu besuch bei Lala Süsskind
Seite 8 Ehrung von Erich Meier
Seite 9 Generationen BVV
Seite 10 Eine Schule für Alle
Seite 11 Stop Havelausbau
Seite 12 Afghanistan und kein Ende
Seite 13 SchlagWortschatz
Seite 14 Ich liebe Sarrazin
Seite 15 Was ist faul an NOKIA
Seite 16 Mitglied werden
und WERWIEWASWIESOWESHALBWARUM ...

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Jüdenstraße 46
in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
Tel. 36 43 74 71 – Fax 36 43 74 72

www.die-linke-spandau.de
eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: Monika Merk

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 07. April 2008

Druck: double express Auflage: 3.000

Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau erscheint am 07. Juli 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Als erstes war...

Liebe LeserInnen, FreundInnen, NachbarInnen und GenossInnen. Hier erscheint die Ausgabe Eins des Jahres 2008 der Spandauer Umschau.
Wieder reichen weder Platz noch Geld, um alle Themen, die uns am Herzen liegen, hier öffentlich zu machen. Wir haben ein breites Themenspektrum als Partei DIE LINKE. in unserem schönen Spandau zu bearbeiten. Oft bleibt dabei zu viel an zu wenigen hängen. Wir wünschen uns natürlich mehr Unterstützung von allen GenossInnen und SympathisantInnen in Spandau. Wir wollen aber auch mit dieser Ausgabe zeigen, dass wir auf unserem Weg vorwärts gehen.
In den letzten Monaten wurde viel angeschoben. Wir hatten sachkundige Referenten bei unseren Mitgliederversammlungen. Es wurde die AG Kommunales gegründet und mit Leben erfüllt. Auch, um unseren Genossen Karlheinz Zech zu unterstützen, der als Einzelmultitalent für uns in der BVV sitzt.
Wir haben die Sozialistische Bildungsakademie Spandau gegründet, sind dabei, uns mit Umweltverbänden gegen den Havelausbau zu vernetzen, und werden, schon geknüpfte Kontakte zu sozialen Trägern und Organisationen ausbauen und pflegen.
Unser antifaschistisches Engagement ist und bleibt uns ein wichtiges Aufgabenfeld.
Wir haben uns aktiv mit Unterschriftensammlungen, Plakataktionen und mehr an Bürgerbegehren beteiligt.
Ach ja, und die Sache mit Tempelhof.
Wir rufen Euch auf:
redet mit Verwandten, Freunden und Nachbarn über den 27.04.08. Tempelhof als Flughafen ist ein potenzieller Geldvernichter (seit 1990 160 Mio. Euro Schulden), Unfallherd und populistisches Spielzeug der CDU/FDP-Granden.
Wir wollen eine bürgerfreundliche, soziale Nutzung des Flughafens. Einen Central-Park, plus umweltfreundliches soziales Wohnen!
Und, nicht ganz uneigennützig, hoffen wir, mit dieser kleinen Zeitung ein paar neue Gesichter für unsere Sache zu gewinnen.
Traut Euch - es gibt viel zu tun in Spandau.

Eure Redaktion der Spandauer Umschau

Tempelhof

Ein „NEIN“ für die Stadt und mehr Demokratie

Eines steht fest: der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einem Volksentscheid. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen ... viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe. Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT, die CDU und den Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit „NEIN“ zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE

Sozialistische Bildungsakademie Spandau

Die erste Veranstaltung

Am Montag, den 7.April fand die erste Veranstaltungsreihe der Sozialistischen Bildungsakademie Spandau der Partei DIE LINKE. Spandau in unseren Räumen statt. Der Teilnehmerkreis war erfreulich hoch und die Platzreserven für einige Teilnehmer, die etwas später kamen waren fast ausgeschöpft. Entsprechend unseres Veranstaltungszyklus 2008 wurde das gegenwärtig brandaktuelle Thema der neoliberalen „Privatisierung öffentlicher Güter“ behandelt. Zum Thema hielt der Gen. Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von attac, ausgezeichnete einleitende Ausführungen. Der Beitrag beinhaltete vor allem die zur Zeit aktuellen Tendenzen und Erscheinungen der Privatisierung der Öffentlichen Güter in Westeuropa durch die regierenden Kreise des Neoliberalismus bis hin zu entgegengesetzten Entwicklungen u.a. in Südamerika. Die Erläuterungen wurden dabei schon im Vorgriff auf den 2. Teil der Veranstaltungsreihe in diesem Jahr mit der dialektischen Auseinandersetzung von Marx zur Poltischen Ökonomie des Kapitalismus untersetzt. Unter anderem wurden an Beispielen solche gegenwärtigen Bestrebungen des Kapitals hervorgehoben wie, der verstärkten In-Wertsetzung alles Materiellen, u.a. beim Emmisionshandel im Umweltbereich, bis hin zur In-Wertsetzung der gesamten menschlichen Persönlichkeit, die Interessenwahrnehmung durch aggressives kriegerisches Verhalten, die zunehmende Verwertung öffentlicher Güter im unmittelbaren staatlichen Verantwortungsbereich als Ausweichmöglichkeit durch verschlechterten internationalen Verwertungsbedingungen, wie u.a. in Asien, Südamerika, Afrika. Im Anschluss an den Vortrag wurde in einer regen Diskussion zum Thema und weiteren Anliegen der Bildungsakademie viele interessante Fragen durch die Teilnehmer diskutiert. Im Ergebnis der Diskussion begrüßten die Teilnehmer das Anliegen der Organisatoren zur Gründung der Bildungsakademie mit dem Ziel der Verbesserung der theoretischen Grundlagen in Verbindung mit unmittelbaraktuellen Themen der Zeit, die verstärkte dialektisch-theoretische Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie des Kapitalismus u.a. auf der Grundlage des Kapitals, das Anliegen, wie die Linke auf aktuelle Entwicklungen, insbesondere auch in Berlin im Sinne der Allgemeinheit am Effektivsten und Erfolgsträchtigsten reagieren kann.

Peter Thurau

Neues aus der BVV

Bericht aus der BVV vom 30. Januar 2008

Es wurden zwei gemeinsame Dringlichkeitsanträge eingebracht: Zug der Erinnerung – Haltestelle Hauptstadt Berlin, in diesem Antrag unterstützt die BVV die Berliner Initiative Zug der Erinnerung, damit der Zug in Berlin an mehreren Bahnhöfen Station machen kann. Der Zug dokumentiert die Verschleppung von 1,5 Millionen Kindern in die Vernichtungslager.

Es gab einen weiteren gemeinsamen Antrag, um zweimal im Jahr vor der Zitadelle Kanuveranstaltungen stattfinden zu lassen. Nur die GAL stimmte gegen diesen Antrag, weil sie einen klassischen Konflikt zwischen Sport und Naturschutz befürchtete.

Auch ein weiterer Dringlichkeitsantrag, der von CDU, SPD, GAL, Graue und FDP eingebracht wurde, erreichte eine einstimmige Zustimmung. Bevor ich diesem Antrag zustimmen konnte, hatte ich zur Frage der Schließung des Kombibades Spandau Süd, eine mündliche Anfrage auf die Tagesordnung setzen lassen. Ziel meiner Anfrage war es, herauszuarbeiten, dass die in den Medien lancierte Meldung, das Kombibad Spandau Süd stehe vor der Schließung, nicht auf der Tagesordnung steht. Damit war der Antrag eigentlich obsolet. Ich habe mich dennoch entschieden, gleichfalls mit Ja zu stimmen; denn Schaden konnte der Antrag nicht. Meine Einschätzung musste auch der zuständige Dezernent, Herr Hanke, teilen, da gegenteilige Erkenntnisse ihm nicht vorlagen.

Karlheinz Zesch,
Verordneter der Partei ***DIE LINKE.***
in der BVV Spandau

Mein Antrag, „Bezirksamt Spandau vorbildlich - Zustellung der Post nur noch per Mindestlohn" wurde in die Ausschüsse Haushalt und Mitberatung Allgemeine Verwaltung überwiesen. Die Intention meines Antrags ist es, die bezirklichen Postsendungen nur noch durch Unternehmen versenden zu lassen, die ihren MitarbeiterInnen den gesetzlichen Mindestlohn zahlen.

Meine Anfrage zum Kraftwerk Reuter West beantwortete der zuständige Stadtrat, Herr Röding von der CDU: der Energieversorger, Vattenfall, beabsichtigt nicht, das Kraftwerk Reuter West neu bzw. auszubauen und daher gebe es auch kein Genehmigungsverfahren. Auch meine Frage, wie das Bezirksamt den CO2-Ausstoss des Kraftwerks Reuter West von 920 g/Kilowattstunde im Vergleich zu dem vom Umweltamt ermittelten mittleren Durchschnitt von 640g/Kilowattstunde beurteilt, vermied Herr Röding eine eindeutige Aussage. Er sagte nicht, dass der Ausstoss von Reuter West zu hoch ist und im Interesse der Berliner Bevölkerung dringend gesenkt werden muss.

In meiner Dringlichkeitsfrage Kindermisshandlung mit Todesfolge, wollte die Linke wissen, welche Erkenntnisse dem Bezirksamt zu diesem tragischen Vorfall vorliegen und wie es agiert hat. Zu diesem Thema gab es auch eine Anfrage der CDU. Herr Matz, als zuständiger Stadtrat, beantwortete beide Anfragen. Das Bezirksamt hat vom Waldkrankenhaus einen Hinweis – so Matz – erhalten, dem er auch nachgegangen ist.

So habe das Bezirksamt am 13. Dezember 2007 einen Brief an die Eltern mit einer Terminangabe für einen Hausbesuch verschickt. Am 20. Dezember 2007 kam es dann nur zu einem kurzem Gespräch an der Wohnungstür, bei dem die Mitarbeiterinnen des Bezirksamts keine Auffälligkeiten an dem Säugling feststellten.

Da das Bezirksamt am 08. Januar 2008 vor verschlossener Tür stand, hinterließen sie einen neuen Termin für den 17. Januar 2008, der dann auch stattfand.

Bei diesem Termin zeigten sich die Eltern kooperationsbereit. Der Stadtrat Herr Matz betonte nochmals, dass sich das Bezirksamt nichts habe zu Schulden kommen lassen; zumal den MitarbeiterInnen des Bezirksamts nicht gestattet sei, die Kinder medizinisch zu untersuchen. Die Herangehensweise der Linken ist es nicht in erster Linie, das Bezirksamt zu beschuldigen oder zu entlasten, sondern vielmehr, im Bezirksamt Voraussetzungen zu schaffen, um Arbeitsabläufe zu optimieren, damit es zu keinen weiteren tragischen Fällen im Bezirk kommt. Vielmehr kommt es darauf an, welche Schlussfolgerungen das Amt aus dem Tod des Säuglings zieht und wie es seine Arbeitsabläufe optimiert. Dies gilt auch dann, wenn dem Bezirksamt kein Fehlverhalten unterstellt werden kann. Für meine abschließende

Neues aus der BVV

Beurteilung des Falls hätte ich noch gerne gewusst, wie alt die Blutergüsse am Körper des Kindes waren. Herr Matz antwortete, dass das Landeskriminalamt derartige Verletzungen festgestellt habe, aber das Bezirksamt habe zu dieser Frage keine weiteren Informationen erhalten. Für mich ist das wichtig zu wissen, um einschätzen zu können, ob bei dem Gespräch der Eltern mit dem Bezirksamt am 17. Januar 2008 die Verletzungen bereits vorlagen oder nicht.
Was gab es noch in der BVV: ein totales Durcheinander bei der SPD beim Antrag der FDP: Sicherheit auf dem Wasser erhalten. Herr Mahulik begründete für die SPD,

Aus „neue linke 5/2007"

warum sie den Antrag der FDP bzw. den Änderungsantrag der CDU ablehnen werde – so z.B., weil das neue Konzept mit der Wasserschutzpolizei abgesprochen und ein rechtzeitiges Eingreifen vor Ort gesichert sei. Frau Tesch als nächste Rednerin, auch SPD, trat direkt danach ans Rednerpult und teilte der BVV mit, warum die SPD diesem Antrag von FDP/CDU zustimmen werde. Die Schadenfreude bei der Zählgemeinschaft war groß. Es muss festgestellt werden, dass die Kommunikation in der Spandauer SPD-Fraktion – nicht das erste mal – verbesserungswürdig erscheint.
Berichtenswert ist auch der Antrag der FDP, die vorschlägt, dass Inhaber von Umweltkarten eine zweite Person bereits schon ab 18:00 Uhr statt bisher erst ab 20:00 Uhr kostenfrei von Montag bis Freitag mitnehmen können. Der Antrag wurde auch mit Stimmen der GAL angenommen. Die SPD stimmte dagegen, weil der Vertrag zwischen Senat und BVG erst kurz vorher geschlossen wurde und die FDP hätte sich bei den Beratungen im Abgeordnetenhaus einbringen müssen, was aber nicht erfolgte. Während der Aussprache hat die Partei Die Linke darauf verwiesen, dass dieser Vorschlag der FDP sicherlich der BVG mehr Fahrgäste brächte, aber natürlich auch zu höheren Kosten führe. Das benötigte Geld sollte besser dafür eingesetzt werden, dass in einem ersten Schritt, der Preis für das Sozialticket gesenkt wird, damit diejenigen, die sich noch nicht einmal die Kosten des Sozialtickets leisten können, nicht vom kulturellen und sozialen Leben in Berlin ausgeschlossen sind. Der öffentliche Nahverkehr ist ein öffentliches Gut, das weder unter Profitinteressen noch unter Kostendeckungsgesichtspunkten zu betrachten ist. Allerdings muss man zugeben, dass es in den letzten Jahren aufgrund der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Güter um Modelle stiller geworden ist, die den BürgerInnen eine kostenlose Nutzung des ÖPNV anbieten – wir waren in der BRD schon wesentlich weiter in dieser Frage gewesen.
Die Linke hat noch zwei schriftliche Fragen gestellt. Eine zur Trinkwasserqualität an den Spandauer Schulen und die andere zu dem erneuten rassistisch motivierten Überfall in der Wilhelmstadt, bei dem ein Zeitungsausträger dunkler Hautfarbe beschimpft und geschlagen wurde.

BVV vom 27. Februar 2008

Mein Antrag, den Kinderschutz im Bezirk zu verbessern, wurde auf die Konsensliste gesetzt und angenommen. Bei der mündlichen Anfrage wollte die Linke wissen, wann an den Spandauer Schulen die Lehr- und Lernmittel abgefragt werden. Hintergrund ist, dass an den Berliner Schulen die Lern- und Lehrmittel am Anfang des Schuljahrs festgelegt werden und pro Schule gemeldet wird, wieviele Eltern von der Zuzahlung befreit sind. Wir wussten, dass an der Heinrich Hertz Hauptschule die Lernmittel bis Mitte Februar 2008 immer noch nicht abgefragt wurden. Herr Hanke, der zuständige Stadtrat von der CDU, wusste von keiner Spandauer Schule. Er will sich aber erkundigen und falls dies stimme, uns auch die Gründe hierfür offenlegen. Eine Aussage, die wir zunächst zur Kenntnis nehmen und weiter verfolgen werden.
Die Anfrage der Partei Die Linke zur Schulanfangsphase in Spandau beantwortete der Dezernent, Herr Hanke, dass aufgrund fehlender baulicher und z.T. auch inhaltlicher Voraussetzungen an einigen Schulen sich der Beginn der verpflichtenden Schulanfangsphase auf das Schuljahr 2008/2009 verzögern werde. Allerdings

Neues aus der BVV

hat die zuständige Senatsverwaltung diesen Schulen zur Auflage gemacht, Zielvereinbarungen mit der Schulverwaltung zu treffen, die die vorhandenen Mängel in einem festen Zeitplan beseitigen.
Die Zählgemeinschaft aus CDU, FDP und Grauen versuchen durch die Hintertür das gescheiterte Projekt, Sanierung von Spandauer Schulen im Rahmen des PPP-Modells, wieder neu zu beleben. Als Aufhänger habe sie das vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete Klimaschutzpaket genommen. Die Zählgemeinschaft weiß aber von vornherein, dass die SPD und die Linke als Regierungsparteien diesen Unsinn eines PPP-Modells – auch in dieser Mogelpackung – nicht mittragen werden. Ihr Antrag ist zum Scheitern verurteilt, andernfalls würde es Berlin wieder teuer zu stehen kommen (wir berichteten über das unselige PPP-Modell schon mehrmals in den letzten Ausgaben). Des weiteren beauftragte die BVV das Bezirksamt, zukünftig regelmäßige Energieberichte zu erstellen.

BVV am 12. März 2008

An diesem Tage gab es eine Mehrgenerationen BVV, in der sowohl Jugendliche als auch SeniorInnen ihre Anfragen und Anträge stellen konnten, zu denen sich die BVV und das Bezirksamt äußern mußten.
Die Veranstaltung dauert nur ungefähr 1 Std und 45 Minuten, da es leider nur wenige Anfragen und Anträge gab. Sicherlich ist es auch die Aufgabe der Verordneten der BVV und natürlich auch die des Bezirksamts schon im Vorfeld der Generationen BVV das Interesse der Menschen zu wecken. Hier besteht noch erhebliches Verbesserungspotential. Stellvertretend möchte ich hier den Antrag des Kreisjugendkonvents vorstellen, der das Bezirksamt beauftragen wollte, Sorge dafür zu tragen, dass es keine weiteren Kürzungen in der Jugendarbeit geben sollte. Die Zählgemeinschaft aus CDU, FDP und Graue stellten einen Änderungsantrag, in dem das Bezirksamt beauftragt wird, sich an den Senat zu wenden. Dies führte zu dem bekannten Schlagabtausch in der BVV, wobei ich der CDU Doppelzüngigkeit vorwarf, da sie in der letzten Legislaturperiode von der Dezernentin, Frau Meys von der SPD immer Kürzungen bei den Hilfen zur Erziehung einforderte. Und auch die Schließung von drei Jugendeinrichtungen ist keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Jugendarbeit.
Auch der Antrag einer Seniorin, vorstellig bei der BVG zu werden, damit der Bus 134 wieder durch die Wilhelmstadt fahren soll, wurde einstimmig angenommen.

Karlheinz Zesch
Verordneter in der BVV Spandau

Mathematik

Rechnen lernen von der CDU

In dem Artikel des „Spandauer Volksblatt"(Axel-Springer-Verlag) aus der Ausgabe Nr. 6, „Niederlage oder Sieg" wurde der Wahlausgang des gescheiterten Bürgerentscheids aufgegriffen. Hier lernen wir vom CDU-Stadtrat Herr Röhding rechnen.
Denn nicht wie in den offiziellen Wahlergebnislisten behauptet, hat sich eine klare Mehrheit gegen die Bebauung der Halbinsel ausgesprochen 86,8% (bei einer Wahlbeteiligung von 13,6 %, für die Gültigkeit wären 15 % erforderlich gewesen).
Sondern 88,6 % waren für die Bebauung!? Denn es waren ja die Stimmen der Nichtwähler nicht mitgerechnet worden.
Denn wer nicht wählen gegangen ist, war ja auch nicht dagegen und somit ergibt sich ein klares Wahlergebnis von 88,6 % für die Bebauung der Halbinsel.
Folgt man dieser Rechenweise, dürfte Angela Merkel eine Zweidrittelmehrheit gegen sich haben.

Zeit für Neuwahlen?!

Ach ja, und wie ein namhaftes Mitglied der Berliner CDU letztens vorrechnete, schafft Rot-Rot Armut.
Ganz einfache Rechnung: der Herr Lando von der CDU und seine Freunde versenken in kurzer Zeit zehnstellige Milliarden EURO Steuergelder der Berliner.
Soviel, dass der Erich Honecker aus Pankow seinen Sonderzug verkauft hätte. Oder die Kuchengabel die er dem Helmut Kohl geklaut hat.
Dann geht der Herr Lando und sein CDU Anhang in den vorgezogenen Ruhestand und überlässt den neu gewählten Rot-Roten Spitzbuben den ganzen hochverschuldeten Scherbenhaufen. Die dürfen dann den gesperrten Mega-Dispo verwalten und den Bürgern Landos Schulden, also die Schulden die ER für die Bürger gemacht hat, aus der Tasche pressen. Danacht holt die CDU schnell einen „Tiefpflüger" nach Berlin und ist wieder die gute alte unschuldige CDU. Ergo! Rot-Rot schafft Armut.

Tigerlillian

Zu Besuch

Bei der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde

Im Januar dieses Jahres fanden bekanntlich in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Vorstandswahlen statt. Frau Lala Süsskind wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Die neugewählte Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Frau Lala Süsskind

Das war für uns Grund, wie auch bei vorangegangenen Wahlen, der neuen Vorsitzenden zu Ihrer Wahl zu gratulieren.
In dem Glückwunschschreiben wurde betont, dass „es nach wie vor Gemeinsamkeiten gibt in der Auseinandersetzung um eine demokratische und tolerante Gesellschaft, wie sie in der Verfassung Berlins eindeutig definiert sind. Dazu gehören weiterhin die gemeinsamen Anstrengungen allen Erscheinungen des Rassismus und Antisemitismus sowie der Gewalt entscheiden entgegenzutreten."
Im Februar diesen Jahres erfolgte darauf hin eine offizielle Einladung von Frau Süsskind an die Sprecherin und den Sprecher der LINKEN Spandau, Monika Merck und Jörg Kuhle, zu einem Gespräch am 1. April.
Dieses Gespräch fand in einer angenehmen Atmosphäre in ihrem Büro in der Oranienburger Straße statt. So wie in Ihrem Einladungsschreiben formuliert, hofft Frau Süsskind „auf weiterhin gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung."

Sicherlich gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen der Jüdischen Gemeinde und der LINKEN, insbesondere in der Frage wie der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu lösen sei.

Aber wichtig sei es heute und hier, die Gemeinsamkeiten deutlich herauszustellen und die Kontroversen im gegenseitigen Respekt zu debattieren.
Ein wichtiges Anliegen unsererseits war es, Frau Süsskind über die Arbeit des „Runden Tisches für Demokratie und Toleranz gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt" in Spandau zu informieren. Dieser „Runde Tisch" soll dazu beitragen, das demokratische Klima in Spandau zu stärken und gegen die Kräfte anzugehen, die die Grundrechte unserer Verfassung ablehnen und missachten.
Frau Süsskind informierte uns darüber, das in der Jüdischen Gemeinde die Funktion eines „Antisemitismusbeauftragten" eingerichtet wurde, der es der Gemeinde ermöglicht, schneller und deutlicher bei Vorkommnissen reagieren zu können und auch Kontakte zu Gruppen herzustellen, mit denen die Jüdische Gemeinde kooperieren kann.
Informiert wurde Frau Süsskind auch über die Aktivitäten in Spandau, die im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 stehen.

J.K.

Antifa

Ehrung von Erich Meier

Angeblich sei „Weimar" durch die Extremisten von „Rechts" und „Links" zerstört worden.
Wenn das wahr wäre, dann würde mit Erich Meier ein Zerstörer der Weimarer Republik geehrt werden.
Zerstört haben die Weimarer Republik die Wirtschaftseliten mit ihren Rechtskonservativen im Bunde mit den Nazis.
Erich Meier kam aus der sozialdemokratischen Bewegung und fand dann seine politische Heimat bei den Kommunisten. Auch dafür haben die Nazis ihn am 10. März 1933, vor 75 Jahren, umgebracht. Einen Tag vorher haben die Nazis die Mandate der KPD, die sie bei der Reichstagswahl vom 5. März unter Ausnahmezustand und Terror, errungen hatte für ungültig erklärt und Haftbefehle gegen alle kommunistischen Abgeordneten erlassen.

Bei der Ehrung am 9. März nahmen u.a. teil, die Sprecher Monika Merk und Jörg Kuhle von der LINKEN und der SPD-Fraktionsvorsitzende in der BVV, Jens Julius

Keine der im Reichstag vertretenen Parteien protestiert.
Dabei hatte der Reichspräsident bereits am 28. Februar 1933 mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" die bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt.
Das bedeutete den Ausnahmezustand über Deutschland und das faktische Verbot der KPD.
Als Vorwand dient der Reichstagsbrand vom 27. Februar. Aber bereits am 4. Februar, also nur vier Tage nachdem Hitler zum Reichskanzler gemacht wurde, verhängte der Reichspräsident die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes". Das bedeute eine scharfe Pressezensur und Versammlungen und Zeitungen der antifaschistischen Kräfte wurden unter Ausnahmegesetz gestellt.

Info-Flugblatt über Veranstalltungen zum 75 Todestag von Erich Meier

Was hat nun die Ehrung von Erich Meier mit der Gegenwart zu tun?
Steht der Faschismus vor der Tür?
Nein, so wiederholt sich Geschichte nicht.
Aber, wir werden heute wieder mit einer schleichenden Aushöhlung der demokratischen und sozialen Substanz der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes konfrontiert.
Angriffskrieg im Rahmen der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999.
Lautes „Nachdenken" über ein bisschen Folter bei Verhören durch die Polizei.
Der Einsatz der Bundeswehr im Innern.
Generalverdacht gegenüber den Bürgerinnen und Bürger als Terroristen, mindestens als Sympathisanten, mit entsprechender Aushorchung.
Das ist meiner Auffassung nach auch die wichtigste Lehre aus der Zeit der Weimarer Republik und der Zeit des deutschen Faschismus:
Nicht zuzulassen, dass das Grundgesetz durchlöchert wird wie Schweizer Käse.
Am Grundgesetz haben 1949 alle politischen Kräfte, einschließlich der KPD, mitgewirkt.
So wie an der Berliner Verfassung 1950, die SED beteiligt war.
Daher sind der antifaschistische Grundkonsens und die fixierten demokratischen und sozialen Rechte darin es Wert für ihren Erhalt zu kämpfen.
Das wäre auch im Sinne Erich Meiers.

J.K.

Linksjugend

Aus der Generationen-BVV

Anstelle der einmal jährlich stattfindenden Senioren-BVV kamen die Spandauer Verordneten im Bürgersaal des Rathauses zur ersten Spandauer Generationen-BVV zusammen. Vertreter der Senioren bzw. ihrer Verbände hatten zusammen mit Vertretern der Jugend die Möglichkeit direkt Anfragen, aber auch ganze Anträge an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt zu stellen. Von diesem Recht machten sie unterschiedlich stark Gebrauch. Während die sicher erfahreneren Senioren sich mit fünf Anliegen an den Bezirk wandten, wollte die Jugend zwei Anträge angenommen und eine Anfrage beantwortet haben.
Gleich zum ersten Punkt diskutierten alle Fraktionen und Karlheinz Zesch, Einzelverordneter der Linken lautstark. Ein Vertreter des evangelischen Kreisjugendkonvents trug sein Anliegen vor. Die BVV wurde gebeten, nicht noch mehr an den Jugendeinrichtungen im Bezirk zu kürzen. Mit Blick auf die vom Abgeordnetenhaus beschlossen Kürzungen des Jugendetats der Bezirke sollte so Bewig, Sprecher für Jugend in der CDU-Fraktion „die zuständigen Stellen" Beachtung finden. Da Verordneter Bewig es überhaupt bestritt, dass in den letzten Jahren Kürzungen im Jugendetat auch von Bezirk aus gegeben hat, stimmte er und die CDU für die Änderung, die doch suggeriert, der Bezirk sei gänzlich machtlos und führe nur aus, was im Abgeordnetenhaus beschlossen wird. Das dem nicht so ist, trug Karlheinz Zesch, Die Linke vor. Er erinnerte das Bezirksparlament an die Anfragen der CDU zum Kürzungspotential im Bereich Jugend in den vergangenen Haushalten. Auch mahnte er sowie Vertreter der SPD und GAL die Haushaltsbeschlüsse des letzten Jahres an. Durch die Zählgemeinschaft aus CDU, FDP und GRAUE wurden Schließungen von mehreren Jugendfreizeiteinrichtungen, wie zum Beispiel dem Haveleck quasi beschlossen. Diese standen zwar unter dem Druck von umfassenden Haushaltskürzungen, aber gerade in CDU-Hochburgen, wie dem Spandauer Süden wird das Angebot ausgebaut und auf Streetworking gesetzt. Währenddessen werden freie und öffentliche Träger in Hakenfelde oder Neustadt vor vollendete Tatsachen gestellt. Der soziale Niedergang in diesen und anderen Stadtteilen scheint Vertreter der zuletzt genannten nicht wirklich zu interessieren.

Der Antrag des Kreisjugendkonvents wurde in geänderter Form angenommen, wie auch der Antrag zum Erhalt der Berufsberatung für Jugendliche im Spandauer Arbeitsamt.
Mit Blick auf die nächsten Haushaltsverhandlungen 2009 bangen sicherlich nicht nur Vertreter kirchlicher Einrichtungen um ihre Mittel.
Ebenfalls eifrig wurde die Bitte einer Seniorin, die Buslinie 134 wieder entlang der Pichelsdorfer Straße zu legen, diskutiert. Die Einkaufsmeile in der Wilhelmstadt büßt seit einiger Zeit Teile ihrer Laufkundschaft ein. Dies trifft, zusätzlich zu den Problemen im Kiez, die Inhaber und Mitarbeiter der Läden. Während die soziale Situation des Kiezes von den Vertretern der großen Fraktionen gar nicht erwähnt wurde, äußerte sich doch die CDU überraschend. Allein die Linienänderung der BVG sei Schuld am Niedergang des Quartiers. Arbeitslosigkeit, Abbau von Jugendeinrichtungen, Hartz IV um nur drei Beispiele zu nennen sind einigen Bezirkspolitikern wohl immer noch fremd. Von den Folgen gar nicht erst zu sprechen. Wenn der angenommene Antrag tatsächlich umgesetzt wird und der 134er wieder vom Falkenhagener Feld aus in die Pichelsdorfer Straße fährt, dann sieht es dünn aus mit den Ausreden.
Die Linksjugend [solid] beobachtet die zum Teil eben hausgemachten Missstände im Bezirk, prangert sie an und diskutiert zusammen mit der Linkspartei in Spandau Alternativen. Junge Menschen bis 35 treffen sich im Roten Laden der Linken in der Jüdenstraße 46 in Spandau. Jeden Donnerstag um 18:30 Uhr.

Michael Nitzlaff
Linksjugend [solid]

---

[1] Karlheinz Zesch hat als Einzelverordneter aufgrund der Geschäftsordnung der BVV lediglich **5 Minuten für alle Anträge** und ebenfalls 5 Minuten für sämtliche Anfragen zur Verfügung. Jeder andere Verordnete kann für seine Fraktion bis zu 15 Minuten zum jeweiligen Thema reden!

Gemeinschaftsschule

EINE Schule für ALLE

Immer mehr Pädagogen fordern die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in Deutschland. Sie sehen die Gemeinschaftsschule als ideales Konzept. In Berlin und Schleswig-Holstein hat man sich bereits an die Realisierung gewagt.
Vor allem die Hauptschule steht im Kreuzfeuer der Kritik. Sie hat sich in den letzten Jahren zur Sackgasse für Schüler entwickelt. Nur wenige Hauptschüler finden einen Ausbildungsplatz. Deshalb wurde die Forderung laut, die Hauptschule abzuschaffen. Sie soll mit der Realschule zusammengelegt werden. Doch die Forderungen einiger Schulreformer gehen noch weiter: Auch das Gymnasium soll mit Haupt- und Realschulen bis zur zehnten Klasse zusammengelegt werden. Doch diese Forderung stößt vor allem bei Politikern der CDU auf heftige Ablehnung.
Für die Gemeinschaftsschule sprechen allerdings gewichtige Gründe. Zum einen sehen Bildungsexperten eine größere Chancengleichheit für Schüler. Vor allem die Aufgliederung nach der vierten Klasse wird als zu früh und nicht sinnvoll betrachtet. Sie wurde auch bereits von der EU gerügt. Vor allem für benachteiligte Schüler ist eine frühe Auswahl negativ, heißt es. Zum anderen werden aufgrund rückläufiger Schülerzahlen im ländlichen Bereich einige Schulen in ihrem Bestand gefährdet sein, weshalb eine Zusammenlegung ohnehin unausweichlich ist.
Was ist das? Gemeinschaftsschulen sind Schulen, in denen Kinder und Jugendliche von der 1. bis zur 10. Klasse bzw. bis zum Abitur unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und vom Geschlecht, unabhängig von einer Regligionszugehörigkeit und unabhängig von einer Behinderung gemeinsam mit- und voneinander lernen. Ein Gemeinschaftsschulsystem bietet die Grundlage für eine neue Schulkultur. Ein gegliedertes Schulsystem sendet immer auch Signale des Nicht-Gewolltseins und des Scheiterns aus. Diese andere Lehr- und Lernkultur ist eine Kultur des „Willkommens“ und eine Kultur der „Akzeptanz“.

An Schülerinnen und Schülern wird das Signal ausgesendet: „du bist hier willkommen, niemand wird weggeschickt“. Das Verhältnis zueinander ist von Akzeptanz bestimmt. Verschiedenheit gilt als normal und ist Ausgangspunkt für individuelles Lernen und individuelle Förderung. Die Gemeinschaftsschule ist auf Erfolg ausgerichtet und nicht auf Scheitern durch Sitzenbleiben, Verweis an eine andere Schule oder verfehlte Schulabschlüsse.
Warum? Bildung ist entscheidend für die Zukunft und die Verteilung von Chancen an junge Menschen. Frühzeitig werden die Weichen dafür gestellt, welche Stellung und welche Perspektive ein Mensch im Arbeitsleben und der Gesellschaft hat. Dabei ist die Kluft zwischen denen, die eine Chance haben und denen, die immer weniger Chancen haben, unverkennbar größer geworden. UN-Menschenreichtsexperten, Gewerkschafter und immer mehr Wissenschaftsvertreter sind sich inzwischen einig: Diese Spaltung einerseits und der Mangel an Spitzenleistungen andererseits werden vor allem durch das bestehende gegliederte Schulsystem befördert.
Die PISA-Ergebnisse belegen dies in eindeutiger Art und Weise. Trotz hoher Bildungsausgaben in Berlin (rund 2,4 Mrd. Euro) erzielt dieses Bildungssystem schlechte Ergebnisse. Dieses Schulsystem, das seine Ursprünge im preußischen Drei-Klassen-Staat hat, ist antiquiert. Berlin braucht eine Schule, die allen beste Chancen gibt, die individuell fördert und die nicht ausgrenzt. Dadurch können mehr Kinder zu guten Schulabschlüssen geführt werden und haben später bessere Chancen ihr Leben selbst bestimmt zu gestalten, ein Studium aufzunehmen und Arbeit zu finden. Alle lernen individuell und doch gemeinsam. Alle werden gefördert. Keiner wird zurückgelassen.

E. B.

Der Bezirksverband Die Linke. Spandau und die Spandauer SPD Planen zu diesem Thema eine Informations- und Diskussionsveranstaltung am Montag, den 28. April 2008 um 19.00 Uhr, voraussichtlich in der B.-Traven-Oberschule (Recklinghauser Weg 26-32, 13583 Berlin) . Alle Interessierte sind hierzu herzlich eingeladen!

Wir Unterstützen:

Die fünf wichtigsten „STOPP-Gründe" in Kürze:

1.

Der weitere Ausbau von Havel und Spree wird den Flusslandschaften unhaltbaren Schaden zufügen!

Gewässerlandschaften zwischen Elbe und Spree haben unter den „Nachwende"-Plänen der Wasserstraßenbauer bereits beträchtlich gelitten. Baumaßnahmen entlang der Ausbaustrecke des Verkehrsprojekts 17 Deutsche Einheit gingen seit Anfang der 1990ziger Jahre immer auch auf Kosten der Natur. Was unseren Flüssen von Brandenburg bis Berlin jetzt zugemutet werden soll, stellt jedoch alles andere in den Schatten: Der Weiterbau wird für uns alle lebenserhaltende Gewässerfunktionen zerstören, weil er den ökologisch kostbarsten und für das Wasserregime sensibelsten Bereichen der gesamten Strecke unheilbare Wunden schlägt!

2.

Die Folgen des Klimawandels für den Wasserstand von Spree, Havel und Elbe sind schwerwiegend genug. Machen wir es mit Projekt 17 nicht noch schlimmer!

Allein die schwerwiegenden Konsequenzen im Naturhaushalt müssten vernünftiger, weitblickender Politik ausreichen, die fragwürdigen Ausbaupläne jetzt schleunigst ad acta zu legen. Die ausbaubedingten Eingriffe ins Wasserregime der Havel könnten jedoch noch weit dramatischere Folgen haben als den Untergang einzelner Schutzgebiete. Der globale Klimawandel hat nach Untersuchungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung bereits einen besorgniserregenden Rückgang im Wasserdargebot der gesamten Region zwischen Elbe und Oder nach sich gezogen. Der Grundwasserspiegel ist merklich gesunken, kleinere Gewässer drohen dauerhaft auszutrocknen und auch Waldgebiete leiden unter bedrohlicher Wasserknappheit.

3.

Die Weiterführung des Verkehrsprojekts 17 Deutsche Einheit auf den Ausbauabschnitten der mittleren Havel bis zur Spreemündung verschleudert nutzlos unser Hab und Gut!

Erklärtes Hauptziel der Ausbauplanungen ist es, die Transportkosten je Tonne Güterfracht zu senken. Damit soll das Binnenschiff gegenüber dem LKW und der Bahn wieder konkurrenzfähig werden. Die Planer behaupten, das sei nur mit immer größeren Schiffen möglich. Für diese sei die geplante, weitgehende Änderung der Gewässerdimensionen zwingend. Doch selbst wenn absolute Wirtschaftlichkeit allein zur Legitimation von Verkehrsprojekt 17 ausreichen könnte, was wir entschieden bestreiten: Einen auch nur halbwegs überzeugenden Beweis dafür, dass der weitere Ausbau der Wasserstraßen zwischen Magdeburg und Berlin wirtschaftlich wäre, bleibt man uns Steuerzahlern obendrein schuldig!

4.

Flussausbau für immer größere Schiffe ist von gestern. Die Zukunft liegt in Nutzungseffizienz und intelligenter Transport-Logistik auf vorhandenen Wasserstraßen!

Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit ist heute soweit verwirklicht, dass der Wasserweg von der Elbe über Spree und Havel zur Oder auf lange Sicht ausreichend wirtschaftlich genutzt werden kann. Moderne Logistik und effiziente Nutzung vorhandener Infrastrukturen haben nachweislich das Potential, weiteren Flussausbau vollständig zu ersetzen. Was Havel und Spree aktuell an Zerstörung droht, ist weder mit dem Verweis auf angebliche nötige Schiffsgrößen noch mit der absehbaren Frequenzentwicklung im Schiffsverkehr zu rechtfertigen.

5.

Flüsse gehören uns allen, nicht nur der Wirtschaft!

Wir müssen unsere Flüsse dem Naturzustand wieder nahe bringen. Nur so können sie zuerst Raum zum Leben für Pflanzen, Wildtiere und für uns Menschen sein, nicht nur lebloser Wirtschaftsweg. Seit Jahrhunderten werden Flüsse in ihrem Lauf erheblich von den Nutzungsinteressen des Frachtverkehrs bestimmt. Andere, vitale Bedürfnisse hatten und haben noch immer dahinter zurückzustehen. Das gilt zum Beispiel für Rhein, Main und Donau, das gilt für die Elbe wie für die Oder und soll nach dem Willen der Planer auch für Spree und Havel immer weiter gelten.

Jetzt Flussretter werden!
http://www.stopphavelausbau.de

Außenpolitik

Afghanistan und kein Ende !?

Auf dem Anfang April in Bukarest stattgefundenen Nato-Gipfel war der Öffentlichkeit klar, dass die USA mit ihren Vasallen, was Strategie und Taktik in allen Afghanistan betreffenden Fragen angeht, mit dem Rücken zur Wand stehen. Die von den USA vehement vorgetragene Forderung an die Staaten der „Koalition der Willigen" mehr Soldaten zur Verfügung zu stellen – der kommandierende General McNeill fordert sogar eine Aufstockung auf 400 000 Mann – ist nichts Anderes als verschleierte Hilflosigkeit in einer Situation, in die sich das Bush-Regime selbst hineinmanövriert hat. Der Blick in die Geschichte zeigt nämlich deutlich, wie am Beispiel Vietnams und auch aktuell Iraks zu ersehen, dass jede Steigerung des militärischen Potentials gleichzeitig eine Stärkung des Widerstands gegen Besatzer aller Art zur Folge hat, besonders dann, wenn es den Widerstandskräften gelingt, dem technisch hoch überlegenen Gegner eine asymetrische Kriegsführung aufzuzwingen. Auch wenn relativ unabhängige Think-Tanks wie das britische Forum „The Sensil Council" irrig davon ausgehen, dass durch die Verdopplung der Truppenstärke die USA und ihre Verbündeten in die Lage versetzt würden, die Situation unter Kontrolle zu bringen, so sind in dieser Studie doch realistische Szenarien über Afghanistan wiedergegeben (Vgl. „Daily Telegraph" v. 22.11.2007). Faktisch sieht es so aus, dass sich täglich in den Medien die schlechten Nachrichten aus dem Irak und aus Afghanistan abwechseln. Die Studie konstatiert, dass die Taliban trotz der US-Invasion vor siebeneinhalb Jahren bereits wieder in der Hälfte des afghanischen Territoriums operieren bzw. es kontrollieren. Es falle ihnen immer leichter, neue Rekruten zu gewinnen, zumal die Besatzer jeglichen Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Taliban verwischt haben, indem sie bereits auf Gerüchte hin ganze Dörfer samt Bevölkerung in einem einzigen Luftangriff Eleminieren. Durch eine solche Herangehensweise sind die Besatzungstruppen eigentlich zu Verbündeten der Taliban mutiert.

Es ist den Taliban seit 1 Jahr gelungen, in die bis dahin noch relativ sicheren Städte einzusickern und dort blutige Anschläge auszuführen. In den ersten zehn Monaten des letzten Jahres hätten laut o.g. Studie bei 130 Selbstmordanschlägen ca. 200 Menschen ihr Leben verloren. Auch die Anschläge im Januar bis Februar 2008, die die Opferzahlen des gesamten Jahres 2007 in den Schatten stellten., beweisen eindeutig, dass sich die Sicherheitslage rapide verschlechtert hat. Hatten bisher die Taliban weite Landesteile im Süden unter Kontrolle, so gelang es ihnen Ende Februar 2008 die Provinz Golestan und vier andere Provinzen an der iranischen Grenze zu erobern (BBC v. 28.02.2008). Somit verliert der ach so sichere Norden, wo die Bundeswehr sich nur um „Aufbauhilfe" bemüht, seine Unschuld. Wie die russische Nachrichtenagentur „Ria Novosti" am 21.02.2008 meldete, geraten Bundeswehreinheiten zunehmend unter Raketenbeschluss der Taliban. Auch wenn Frau Merkel und ihre Spießgesellen Steinmeier und Jung gebetsmühlenartig vom sicheren Norden schwafeln, so ist eins deutlich: Es gibt kein sicheres Hinterland!!

Wir bleiben dabei: Bundeswehr und alle anderen Besatzer raus aus Afghanistan!

Piotr Łuczak

Zuerst war das Wort

SchlagWortschatz

Gibt es erst einmal ein Wort für ein Phänomen, so existiert das Phänomen auch selber und braucht nicht mehr nachgewiesen werden.
Wer die Sprache besitzt, besitzt die öffentliche Meinung, wer die Medien besitzt, besitzt die Sprache.
Einige Beispiele:
Früher „Asylsuchender" jetzt: „Asylant": Wer nur vortäuscht (simuliert), dass er politisches Asyl sucht, ist kein politischer Flüchtling mehr, sondern ein Asyl-Simulant. Daraus entsteht das neue Wort „Asylant". Damit simulieren alle „Asylanten" etwas und nicht nur die „Scheinasylanten".
„Populist": In einer Zeit wo die Regierenden wissen, dass sie nur noch gegen das Volk Politik machen können, ist diese Wortschöpfung sehr nützlich. Populäre Politik wird damit leichter diskriminierbar ohne dass man auf Inhalte eingehen muss.
„Dirigistisch": Ist, wenn eine demokratisch gewählte Institution wie der Staat Einfluss nehmen will. Alle Endungen auf „-istisch" sind negativ besetzt und deshalb geeignet, als Verunglimpfung verwendet zu werden. Diese negative Besetzung der Endung „-istisch" sind einerseits durch langjährige antikommunistische Propaganda entstanden, aber andererseits auch berechtigt wegen der negativen Erfahrung mit dem bürokratischen Staatswesen der real existierenden, sogenannten sozialistischen Staaten.
„Sozialneid": Damit wird das Bedürfnis nach Gerechtigkeit zu einer schlechten Charaktereigenschaft suggeriert. „Neiddebatte" - damit man sich noch nicht mal über mehr Gerechtigkeit unterhalten kann. Neid oder Gerechtigkeitsgefühl.
„Sachzwang": Naturgegebenes Übel. Solange Menschen Zwänge ausüben, könnte man das ja ändern. Gegen eine Sache ist man machtlos. Früher hieß das „Schicksal". Dummerweise werden heute mit diesem Begriff immer die ansonsten vielgepriesenen Regeln des Kapitalismus bezeichnet(z.B. Wettbewerb, Konkurrenzdruck).
„Global" steht für die Verbreitung von Armut. Der bereits existierende Begriff „International" musste ersetzt werden, denn er stand für „Internationale Solidarität"!
„Die Wirtschaft": Dieser Begriff wurde mit anderem Inhalt versehen. Früher wurden damit die Tarifpartner

Aus „neue linke 5/2007"

gemeint also Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer sind rausgefallen.
„Proll": Ist unter Jugendlichen das Schimpfwort schlechthin geworden. Dieses Wort ist abgeleitet von „Proletarier", der wissenschaftlichen Bezeichnung für die gesellschaftliche Klasse, die alle Reichtümer schafft, nur nicht darüber verfügen kann, weil sie nicht im Besitz der Produktionsmittel ist, an denen sie arbeitet. Daraus ein Schimpfwort abzuleiten ist bezeichnend und erschwert die Bewusstwerdung der Klasse an sich. Denn gerade die Menschen, die dieses Wort als Schimpfwort benutzen, gehören dazu und sollten sich dessen nicht schämen. Ganz im Gegenteil!
„Gutmensch": Dieser Begriff spricht prinzipiell einer Person ab, sich ehrlich um bessere politisch-soziale Verhältnisse zu kümmern. Es wird diesem Menschen unterstellt, er wäre unehrlich zu sich selber, da er seine inneren bösen Seiten nicht sehe und anerkennt, die ja jeder Mensch auch haben muss. Dass es Menschen gibt, die ihre Verhaltensweise auch von ihrem Verstand leiten lassen, wird damit bezweifelt. Am besten zurück ins Tierreich.
„Besitzstandswahrer": Ist eigentlich kein Schimpfwort, sondern benennt eigentlich die Tugend, sich nicht alles gefallen zu lassen. Im Kontext aber zu der als allgemeingültig unterstellten Behauptung, dass „wir" ja alle verzichten müssten, werden damit die Verweigerer an den Pranger gestellt. Dieser Begriff baut auf dem Neid der Verzichtenden zu diejenigen, die sich wehren und soll Hass erzeugen.
„Versorgungsmentalität": Geht in die gleiche Richtung.

A.K.

Glosse

Ich liebe Sarrazin!

Zugegeben, zuerst war ich fürchterlich wütend. Gehöre ich doch zu den „Hartz IV"-Empfängern. Jemand, den man bevormunden muss, oder wie sollte ich die Speisepläne aus Sarrazins Amt verstehen? Vielleicht als einen weiteren Versuch, Langzeitarbeitslose zu dezimieren? Schließlich würde ich, ginge es nach Sarrazin, zwar satt werden, aber dafür verdursten, denn ausreichend Getränke wie Saft, Milch, Limo und Selters existieren für Sarrazin nicht. Dass ich keinen Kaffee trinke, ist auch uninteressant. Und an den Zwiebeln für mein Tomatenbrot müsste ich auch sparen. Dann taten mir die Familien mit Kindern leid, die ihren Kindern nie Eis, Schokolade, Ü-Eier oder Limo kaufen dürfen. Neugierig bin ich auch, denn welcher Supermarkt verkauft mir für 16 Cent Sauerkraut oder für etwa 50 Cent Rindfleisch? Vielleicht sollte Herr Sarrazin einmal á la „Frauentausch" (bei RTL) für 14 Tage mit einem Arbeitslosen das Leben tauschen?

Als nächstes kam dann Sarrazins Witz über den Bildungsnotstand Berliner Schüler. Das hat mich verwundert, denn begreift dieser Mann gar nicht, dass er gerade als Finanzsenator dafür mitverantwortlich ist? Ich habe gelernt, dass jeder Mensch verschiedene Bedürfnisse hat. Das erste und wichtigste Bedürfnis ist, Hunger und Durst zu stillen. Danach folgt das Bedürfnis nach Wärme und Schutz (Kleidung, Wohnung), gefolgt von einem Bedürfnis nach Liebe und Anerkennung. Erst wenn alle diese Bedürfnisse erfüllt sind, kann man sich um seine Bedürfnisse nach Bildung und Selbstverwirklichung kümmern. In unserer Gesellschaft brauchen wir für die Erfüllung dieser Grundbedürfnisse Geld; und damit sind wir wieder bei „Hartz IV" - siehe oben. Irgend etwas scheint auch Herrn Sarrazin gedämmert zu haben. Wie sonst wäre seine nächste Äußerung zu verstehen, in der er die Schwarzarbeit propagiert? Zu DDR-Zeiten kannte man so etwas Ähnliches, man nannte es zum Beispiel Bedarfsgemeinschaft: A brauchte etwas von C, B wollte etwas von A, also half A dem B, der dann B bezahlte. Nach der Wende gab es dann Tauschringe, das heißt Netzwerke, in die jeder seine ihm mögliche Arbeitskraft einbringen konnte. Im Grunde sind das Strategien, wie man trotz Armut noch ein halbwegs vernünftiges (Sozial-)Leben hin bekommen kann. Möchte Sarrazin uns das beibringen? Oder sieht Sarrazin das Leben als eine große Rechenaufgabe an? Dann täte er mir leid. Oder ist er etwa doch ein richtiger Politiker, der eventuell glaubt, dass er mit der einfachen Politik nicht zurecht kommt und deshalb mal alles etwas aufmischen muss? Ist er zu lange übersehen worden und braucht jetzt mal wieder etwas Aufmerksamkeit? Mit jedem neuen Gedanken haben sich meine Gefühle für Herrn Sarrazin gewandelt. Aus Wut wurde Rätselraten, dann Staunen und schließlich Mitleid. Mitleid mit einem Politiker, der sich wie ein Klassenclown aufführt und damit natürlich auch an meine reichlich vorhandenen mütterlichen Triebe appelliert. Was bleibt mir also anderes übrig, als diesen armen Jungen in meine Armee zu nehmen und ihm zu sagen: "Ja, Mama liebt dich!". Haben wir dann vielleicht wieder für eine Weile Ruhe? Dann kann ich nämlich wieder meine ganz privaten „Hartz IV"-Essenspläne aufstellen.

Kirsten A.

P. S.: Was ich ganz vergessen habe: Immerhin hat Herr Sarrazin ganz im Sinne eines Finanzsenators das Bruttosozialprodukt gesteigert. Soviel wie über ihn geschrieben wurde, wurde schon lange nicht mehr gedruckt, also freute sich bestimmt die Papierindustrie über ihn.

Anzeige

Bestellen Sie noch heute!

Aus dem Neuen **SarraziKatalog**
Den Gürtel zum Engerschnallen mit der Original Seeheimer Ahle. Damit Sie den Gürtel endlich, Thilo für Thilo enger schnallen können.

und natürlich den Delikatessenteller **Fünf Kostbarkeiten**. Da kommen jedem Hartzfan die Tränen. Auch Rentnern und Prekariern zu empfehlen.

Bestellungen unter:
www.cdufdpspddiegruenencsu.ojeminee
oder www.agenda2010@harz4.brd

Vorsicht Satire!

Subventionsbetrug?!

Was ist faul am Nokia-Standort Deutschland?

Zur drohenden Standortschließung von Nokia in Bochum ist in den letzten Tagen viel geschrieben und gesprochen worden. Viel Richtiges und Gutes und auch einiges an Unsinn. Wir wollen uns die wichtigsten der vorgetragenen Argumente kurz anschauen, um daraus vielleicht etwas für die Zukunft zu lernen.
Zuerst die Argumente von Nokia:
1) Die Lohnkosten in Deutschland sind 10-mal höher als in Rumänien. 2) Die Genehmigungsverfahren und die Bürokratie in Deutschland sind unerträglich.
3) Die Zulieferbetriebe sind auch nicht in Deutschland angesiedelt.
Und die Nebenbedingungen:
Die Kapitalrendite von Nokia soll von 17% auf 20% erhöht werden. Das Werk in Bochum ist hoch profitabel. In Rumänien werden Subventionen in der Größenordnung 20 Mio. € abgeschöpft. In Deutschland sind bisher Subventionen in der Größenordnung 90 Mio. € an Nokia geflossen.
Dazu die Gegenargumente, von denen die Besten nachzulesen sind im Managermagazin (http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,529481,00.html).
1) Die Lohnkosten machen ca. 4% der Fertigungskosten aus. Eine Steigerung der Kapitalrendite um 3 Prozentpunkte auf 20% (also eine Steigerung der Rendite um 15%; man stelle sich vor, die Gewerkschaften forderten 15% mehr Lohn) scheint auch ohne die geplanten Verlagerungen möglich gewesen zu sein, nachdem Nokia 7.2 Mrd. € Gewinn gemeldet hatte, noch bevor das Bochumer Werk geschlossen ist. 2) Nach eigenen Erfahrungen gibt es durchaus wesentlich bürokratischere Länder als Deutschland. In dem Artikel aus dem Manager-Magazin wird aus der Erfahrung der „Continental AG" berichtet, dass gerade die Rumänischen Behörden sehr erfinderisch sein können, wenn es darum geht Sondersteuern zu verlangen. 3) Die Zulieferbetriebe haben sich bisher auch mit dem Standort Rumänien nicht anfreunden können. Dafür ist aber die Verkehrsanbindung über eine Landstrasse nicht unbedingt ein logistischer Vorteil. 4) Auch die Kalkulation, Subventionen abschöpfen zu können scheint auf wackeligen Füssen zu stehen, da der Bürgermeister von Cluj schon mit 500 Mio. € Steuern über 5 Jahre rechnet.
Dazu kommen viele andere - und gewichtige – Argumente (Transportkosten, Fachkräftefluktuation, Ausbildungskosten, Sicherheitskosten, …), für die der Einfachheit halber auf den Artikel im Managermagazin verwiesen sei.

Immer Probleme mit Nokia, auch in Berlin?

Nach dem so genannten Joint Venture zwischen Siemens und Nokia gehören die ehemaligen Siemens Telekommunikationsbereiche mit Entwicklung und Werk zur „Nokia Siemens Networks GmbH". Davon betroffen waren in Berlin Spandau Anfang 2007 noch 400 fest Angestellte im Werk und 1318 Entwickler. Die bereits zu Beginn des Joint Ventures angekündigten weltweit 10-15% Personalabbau schlugen sich dann in Deutschland mit 20-25% (=2290 Arbeitsplätze) nieder und betrafen in Berlin ausschließlich die Entwicklung, in der in diesem Jahr nur noch 798 fest Angestellte arbeiten. Das entspricht einem Abbau der Entwicklungskapazität um 40%. Dieser dramatische Abbau innerhalb eines Jahres verlief nahezu geräuschlos, trotz der Tatsache, dass eigentlich alle Beschäftigten einen – in weiser Voraussicht beim Übergang zu NSN vom Betriebsrat ausgehandelten - Kündigungsschutz bis 30.9.2009 haben. Darin spiegelt sich auch der Umstand, dass fast alle so genannten „Portfolioentscheidungen" zur Bereinigung der Produktpalette zugunsten der Nokiaprodukte und gegen die –oft technisch besseren – Siemensprodukte gefallen sind. (Beim Mediagateway wurde die Zukunftsträchtige ATCA-basierte Linie von Siemens aufgegeben, zugunsten der proprietären Nokia Lösung. Auch die UMTS-Basisstationen von NEC-Siemens wurden zugunsten der Nokialösung aufgegeben). Dies hat unter den Beschäftigten den Verdacht erhärtet, dass es sich – ähnlich wie bei der Handysparte von Siemens, die an BenQ verschenkt wurde – eher um eine „feindliche Überlassung" als ein „Joint Venture" handelt. In Berlin soll der Personalabbau damit vorerst abgeschlossen sein. Nächstes Jahr werden wir weiter sehen.

WERWIEWASWIESOWESHALBWARUMWANNWOWERWIEWAS

jeden Do. 18:30 Uhr **dieLinksjugend[solid]**.Spandau trifft sich im Laden in der Jüdenstraße.

25.04.08 20:00 Uhr **Stammtisch**
Ort: Kaiserhof. Stresower Str. 2, am S-Bahnhof „Stresow", Bus 130
mit dabei Die Skiffle-Gruppe „Searchin´ Roots"
Eintritt frei!

28.04.08 19:00 Uhr **Veranstaltung**
gemeinsame Veranstaltung der SPD Spandau mit DIE LINKE. Spandau zum Thema Gemeinschaftsschule

05.05.08 19:00 Uhr **Sozialistische Bildungsakademie Spandau** Wasser löscht den Durst
privater Investoren: Wasserprivatisierung - David Hachfeld, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

06.05.08 19:00 Uhr **AG Kommunales** der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

19.05.08 19:00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46 (jeden zweiten Montag im Monat)

23.05.08 **Aktion „Leuchtender Fluss" an und auf Havel und Spree ab19:00 Uhr**

02.06.08 19:00 Uhr **Sozialistische Bildungsakademie Spandau**
Wie man sich die Bahn unter den Nagel reißt Dorothee Menzner / Winfried Wolf , Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

09.06.08 19:00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46 (jeden zweiten Montag im Monat)

07.07.08 19:00 Uhr **Sozialistische Bildungsakademie Spandau**
„Sozioterritoriale Bewegungen" der Wiederaneignung von Gemeingütern in Lateinamerika - Alternativen auch für Europa?
Elmar Altvater / Thomas Fritz, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

12.Juli 2008

Unser Sommerfest

Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen!
Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter **mitglied.die-linke.de**

Frau ☐ Herr ☐ Name, Vorname

Geburtsdatum | Beruf

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

oder Roter Laden »Salvador Allende«
Jüdenstraße 46 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
Telefon: 36 43 74 71 mail: bezirk@die-linke-spandau.de
Öffnungszeiten: Di 12-16 Uhr / Do 12-16 Uhr